

VWL - Skript

Bedürfnisse / Bedarf / Nachfrage

Ein Bedürfnis ist ein Mangelgefühl mit dem Ziel, dies zu befriedigen.

Arten

- | | |
|----------------------------|--|
| ⇒ materielle Bedürfnisse | → sie werden durch Güter befriedigt |
| ⇒ immaterielle Bedürfnisse | → sie können nicht durch Güter befriedigt werden (Liebe, Anerkennung). |
| ⇒ Existenzbedürfnisse | → sie dienen der Lebenserhaltung (Nahrung, Kleidung, Wohnung) |
| ⇒ Kulturbedürfnisse | → dies sind Bedürfnisse, die dem normalen gesellschaftlichen Anspruch entsprechen. Sie sind vom kulturellen Umfeld abhängig. (Bücher, Reisen, Kunst, Mode, Auto) |
| ⇒ Luxusbedürfnisse | → sie übersteigen den normalen gesellschaftlichen Anspruch (Porsche, Pelz, Kaviar u.a.) |
| ⇒ individuelle Bedürfnisse | → sie können individuell befriedigt werden (Auto, Brot, Pelz) |
| ⇒ kollektive Bedürfnisse | → sie können nur im Kollektiv befriedigt werden (innere u. äußere Sicherheit, Recht, Straße). |
| ⇒ offene Bedürfnisse | → sie sind uns bewusst |
| ⇒ latente Bedürfnisse | → sie sind unbewusst und müssen erst geweckt werden (z.B. durch Werbung). |

Ursachen für Unterschiede in den Bedürfnissen

persönliche Erfahrung, Kultur, Freunde, Werbung, Erziehung, örtliche und zeitliche Situation.

Bedarf

Bedarf ist das mit Kaufkraft ausgestattete Bedürfnis.

Nachfrage

Nachfrage liegt vor, wenn der Bedarf am Markt wirksam wird, wenn das entsprechende Gut gekauft wird. Voraussetzung ist ein entsprechendes Angebot.

Knappheit / Ökonomische Prinzipien

Knappheit

Zur Befriedigung der unendlichen Bedürfnisse stehen nur eine begrenzte Anzahl von Gütern zur Verfügung. Man spricht von Knappheit.

Ursache der Knappheit ist ein begrenzter Vorrat an Rohstoffen, Arbeitskräften und Zeit (Ressourcen). Die Knappheit zwingt uns mit den vorhandenen Ressourcen zu wirtschaften, sie sinnvoll und effektiv bzw. ökonomisch einzusetzen.

Ökonomische Prinzipien

- **Minimalprinzip** → ein gegebenes Ziel soll mit möglichst wenig Mitteln erreicht werden.
- **Maximalprinzip** → mit gegebenen Mitteln soll ein möglichst großes Ziel erreicht werden

Güter

Arten

- **freie Güter**
→ sie sind in ausreichendem Maße vorhanden und verursachen keine Kosten der Bereitstellung.
- **wirtschaftliche Güter**
→ sie sind nicht in ausreichendem Maße vorhanden (Die Bedürfnisse sind größer als die Gütermenge) (knappe G.) und die Bereitstellung verursacht Kosten.
- **Sachgüter**
→ sie sind materieller Natur. Sie können angefasst werden (Auto, Brot).
- **Dienstleistung**
→ sie sind immaterielle Natur. Sie können nicht angefasst werden. Sie ergeben sich aus der unmittelbaren Leistung eines Menschen (Haarschnitt, Rechtsberatung, Massage)
- **Rechte**
→ Patente, Lizenzen.
- **Konsumgüter**
→ sie dienen unmittelbar der Bedürfnisbefriedigung. Güter, die an den Endverbraucher gehen (Brot, Kaffeemaschine).
- **Produktionsgüter**
→ sie dienen nur mittelbar der Bedürfnisbefriedigung. Güter, die der Produktion anderer Güter dienen (Maschinen).
- **Gebrauchsgüter**
→ sie werden über einen längeren Zeitraum mehrmals verwendet (Auto, Messer).
- Verbrauchsgüter
→ sie können nur einmal verwendet werden. Mit der Verwendung gehen Sie unter (Brot, Benzin).
- ⇒ **komplementäre** → Güter, die sich gegenseitig ergänzen (Auto und Reifen).
- ⇒ **substitutive** → Güter, die untereinander austauschbar sind (Butter und Margarine).
- ⇒ **homogene** → Güter, die gleichartig sind.
- ⇒ **heterogene** → Güter, die ungleichartig (verschieden) sind.

Produktion / Produktionsfaktoren

Güter müssen hergestellt werden.. Die Herstellung erfolgt in den Unternehmen. Dort werden die Produktionsfaktoren eingesetzt, um Güter zu produzieren. Man spricht in diesem Zusammenhang auch von einer Kombination der Produktionsfaktoren.

Produktionsfaktoren

Boden

Er umfasst die genutzte Bodenfläche und die Bodenschätze. Er dient zum Anbau (Landwirtschaft), Abbau (Bergbau) und als Standort (für Unternehmen, Straßen, u.a.).

Arbeit

Er umfasst das gesamte Arbeitskräftepotential einer Volkswirtschaft.

Es ist zu unterscheiden nach Arbeit folgender Art

- geistig / körperlich
- dispositiv (leitend) / exekutiv (ausführend)
- gelernt / ungelernt / angelernt
- selbständig / unselbständig

Kapital

Es umfasst das gesamte Sachkapital (Realkapital) und Geldkapital.

Das Realkapital entspricht der Summe aus Anlagen, Maschinen und Gebäuden, die der Produktion der Güter dienen.

- Zweck der Kapitalbildung ist die Verbesserung der Produktionsmöglichkeiten.
- Voraussetzung ist Sparen bzw. Konsumverzicht.
- Die Kapitalverwendung nennt man Investition.

Man unterscheidet die folgenden Investitionsbegriffe:

- **Bruttoinvestition** = Summe aller Investitionen.
- **Abschreibungen** = Summe der Investitionen, die den Werteverzehr (Verschleiß / Untergang) des Kapitals der Vorperiode ausgleichen soll. Man nennt sie auch Ersatzinvestitionen.
- **Nettoinvestitionen** = Summe der Investitionen, die den Kapitalstock im Vergleich zur Vorperiode vergrößern. Man nennt sie auch Erweiterungsinvestitionen.

Zusammenhang: $\text{Bruttoinvestitionen} = \text{Nettoinvestitionen} + \text{Abschreibungen}$

Arbeitsteilung

Früher haben sich die Menschen selbst versorgt. Sie haben nur für den eigenen Bedarf produziert. Sie lebten in Subsistenzwirtschaft.

Heute leben wir in einem arbeitsteiligen Wirtschaftsprozess.

Arbeitsteilung bedeutet, dass man sich auf eine bestimmte Tätigkeit spezialisiert, in diesem Tätigkeitsbereich über den eigenen Bedarf produziert und anschließend die Güter, die nicht für den eigenen Bedarf bestimmt sind, auf dem Markt gegen Güter tauscht, die man braucht aber nicht produziert hat.

Arten der Arbeitsteilung

Personale

→ Es kam früher zunächst zu einer Berufsbildung (Zimmermann, Schied, Bauer), die sich in einer Berufsspaltung (Goldschmied, Hufschmied) fortsetzte und bis heute fortgesetzt hat (Ärzte, Softwarespezialisten, Raumfahrer)

Innerbetriebliche

→ Innerhalb des Betriebes wird der Produktionsprozeß in einzelne Arbeitsschritte aufgeteilt oder die Mitarbeiter spezialisieren sich nach bestimmten betrieblichen Funktionen (Beschaffung, Fertigung, Absatz, Personal).

Zwischenbetriebliche oder volkswirtschaftliche (die Wirtschaftssektoren)

→ Die Betriebe spezialisieren sich auf die Tätigkeit in bestimmten Wirtschaftssektoren.

Der **primäre** Sektor entspricht der Land- und Forstwirtschaft, der Fischerei sowie dem Bergbau.

Der **sekundäre** Sektor entspricht der weiterverarbeitende Industrie.

Zum **tertiären** Sektor gehören die gesamten Dienstleistungen (Handel, Banken, Versicherungen, Transport, Telekom, Medien, u.a.).

Auch eine Spezialisierung auf bestimmte Vorprodukte für die nächst höhere Fertigungsstufe gehört zu der zwischenbetrieblichen Arbeitsteilung.

Regionale / Internationale

→ Die Ursache dafür sind klimatische Unterschiede, Rohstoffvorkommen, Umweltrecht, Arbeitskosten, Qualität der Arbeitskräfte, technische Entwicklung, u.a.

Vorteile

- Hohe Produktivität. Dies bedeutet mehr Güter bei gleichem Faktoreinsatz.
- Jeder wird nach seinen Fähigkeiten eingesetzt.

- Der Einsatz von Spezialmaschinen ist möglich.

Nachteile

- Fremdbestimmtheit
- Gegenseitige Abhängigkeit
- Einseitige Beanspruchung führt zu Monotonie und Gesundheitsschäden.

Nachfrage der Haushalte

Die Nachfrage entspricht den Kaufwünschen der Wirtschaftssubjekte. Ziel der Nachfrage ist es, die Bedürfnisse zu befriedigen. Die Mittel, die dazu verwendet werden, entsprechen dem zuvor erwirtschafteten Einkommen der Wirtschaftssubjekte.

Die Nachfragekurve

Sie stellt die Beziehung zwischen dem Preis eines Gutes und der von diesem Gut nachgefragten Menge dar.

Bestimmungsgröße der Nachfrage

1) Der **Preis** des Gutes

- je höher der Preis desto geringer ist die Nachfrage

2) **Stärke** des Bedürfnisses / Nutzen des Gutes

- je höher das Bedürfnis, desto höher die Nachfrage

3) Das **Einkommen**

- je höher das Einkommen, desto höher die Nachfrage

4) Preise anderer Güter

a) komplementäre Güter

- steigt der Preis von Gut 2, sinkt die Nachfrage nach Gut 1 (und umgekehrt)

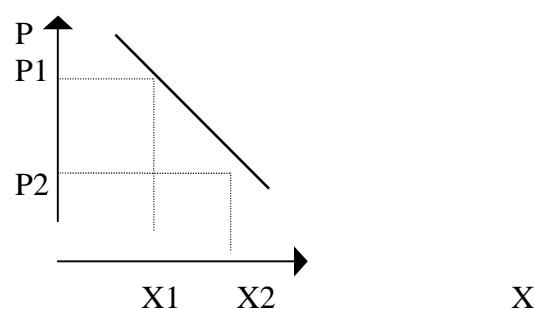
b) substitutive Güter

- steigt der Preis von Gut 2, steigt die Nachfrage nach Gut 1 (und umgekehrt)

Verhalten der Nachfragekurve

a) Bewegung auf der Kurve

Zu einer Bewegung auf der Kurve kommt es, wenn die Beziehung zwischen dem Preis eines Gutes und der Nachfragemenge dargestellt wird. Sinkt der Preis, wird mehr von dem Gut nachgefragt. Die Nachfragekurve hat somit einen fallenden Verlauf.



b) Verschiebung der Nachfragekurve

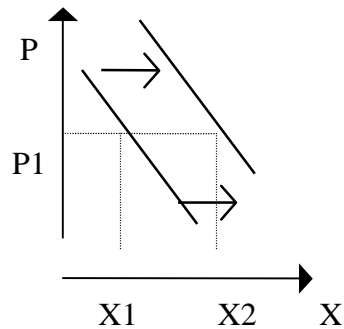
Hier wird die Beziehung zwischen der Nachfragemenge eines Gutes und anderen, externen, Faktoren untersucht.

Einkommenseffekt

Frage: *Wie ändert sich die Nachfragemenge eines Gutes, wenn das Einkommen steigt, der Preis des Gutes aber unverändert bleibt?*

Bei Einkommenssteigerungen werden bei konstanten Preisen mehr Güter nachgefragt. Die Nachfragekurve verschiebt sich nach rechts.

Sinkt das Einkommen kommt es zu einer Linksverschiebung.



c) Elastizität der Nachfrage

Die Elastizität misst, welchen Einfluss Veränderungen des Preise dieses Gutes, des Einkommen oder die Preise anderer Güter auf die nachgefragte Menge haben. Man unterscheidet dabei die folgenden drei Elastizitätsbegriffe.

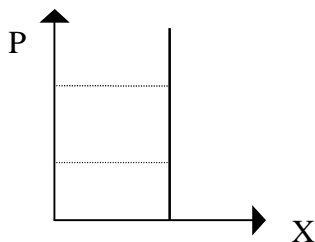
Formel

$$\text{Preiselastizität der Nachfrage (Epx)} = \frac{\text{Prozentuale Mengenänderung der Nachfrage}}{\text{Prozentuale Preisänderung}}$$

Elastizitätsbegriffe

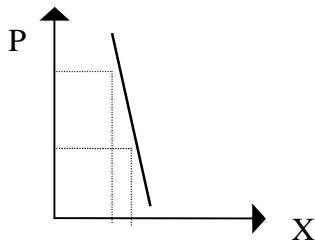
Vollkommen unelastische Nachfrage

Sie tritt auf, wenn die Nachfragemenge überhaupt nicht auf Preisveränderungen reagiert. $E_{px} = 0$



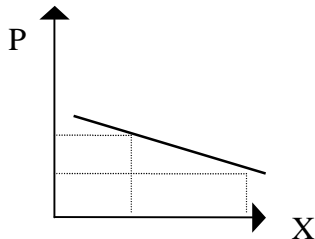
Unelastische Nachfrage

Die Nachfragemenge reagiert relativ schwach auf Preisveränderungen. $E_{px} < 1$.



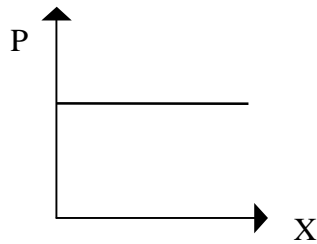
Elastische Nachfrage

Die Nachfragemenge reagiert relativ stark auf Preisveränderungen. $E_{px} > 1$.



Vollkommen elastische Nachfrage

Die Nachfragemenge reagiert hier schon bei kleinsten Preisveränderungen mit massiver (unendlicher) Zu- bzw. Abnahme. $E_{px} = \infty$.



Das Angebot der Unternehmen

Das Angebot entspricht den Verkaufswünschen der Wirtschaftssubjekte. Das Ziel des Angebotes ist es, Einkommen zu erwirtschaften. Die gelingt nur, wenn das Angebot den Bedürfnissen der anderen Wirtschaftssubjekte entspricht.

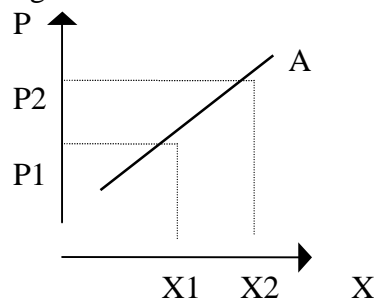
Bestimmungsgrößen des Angebotes

- 1) Der Preis des Gutes
 - je höher der Preis, desto höher das Angebot
- 2) Die Preise der Produktionsfaktoren (Kosten)
 - je höher die Kosten, desto geringer das Angebot
- 3) Der Stand der Technik
 - je besser die Technik, desto höher das Angebot
- 4) Gewinnerwartungen
 - je besser die Gewinnaussichten, desto höher das Angebot

Verhalten der Angebotskurve

a) Bewegung auf der Kurve

Zu einer Bewegung auf der Kurve kommt es, wenn die Beziehung zwischen dem Preis eines Gutes und der Angebotsmenge dargestellt wird. Steigt der Preis, wird mehr von dem Gut angeboten. Die Angebotskurve hat somit einen steigenden Verlauf.

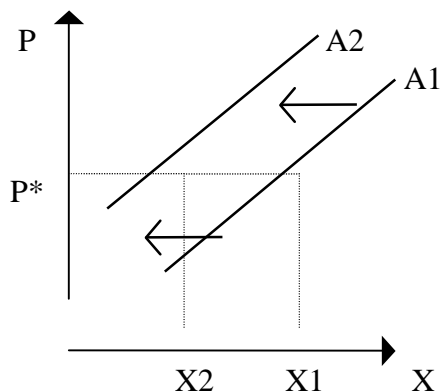


b) Verschiebung der Angebotskurve

Zu einer Verschiebung der Angebotskurve kommt es immer, wenn die Beziehung zwischen der Angebotsmenge und anderen Faktoren (außer dem Preis) untersucht wird.

Die **Faktorkosten** (Produktionskosten)

Steigen die Kosten bei konstanten Preisen, reduzieren sich die Gewinne des Anbieters. Dies führt dazu, dass er sein Angebot reduzieren wird. Die Angebotskurve verschiebt sich nach links.



Marktformen und Preisbildung

Markt

Er ist der Ort an dem Angebot und Nachfrage aufeinandertreffen (Gemüsemarkt, Kaufhaus, Börse, Internet)

Arten

- ⇒ Faktormärkte → Arbeitsmarkt, Kapitalmarkt, Bodenmarkt
- ⇒ Gütermärkte → Konsumgütermarkt, Produktionsgütermarkt
- ⇒ Geldmärkte → Geld-, Wertpapier-, Devisenmarkt

Preis

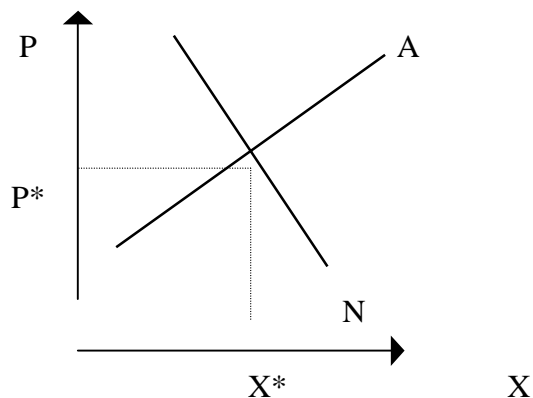
Er ist der in Geld ausgedrückte Tauschwert einer Ware.

Preisbildung

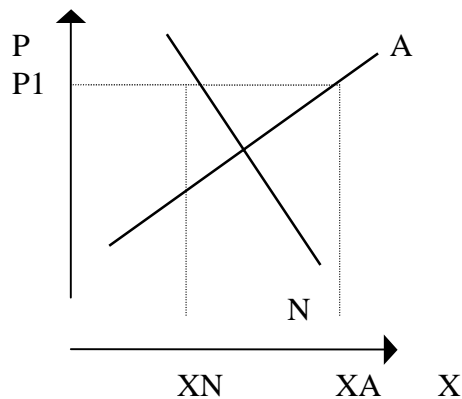
a) Marktgleichgewicht

Der Markt ist im Gleichgewicht (GG), wo sich Angebotskurve und Nachfragekurve schneiden. Hier entspricht das Angebot der Nachfrage.

Es bilden sich der GG-Preis (P^*) und die GG-Menge (x^*).



b) Angebotsüberschuss (AÜ) und Käufermarkt

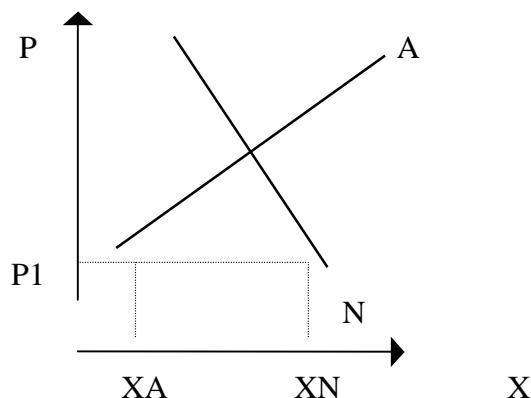


Ein AÜ liegt vor, wenn das Angebot größer als die Nachfrage ist. Die Käufer haben hier die größere Marktmacht. Deshalb wird diese Situation auch Käufermarkt genannt. Hier setzen sich die Nachfrager durch. Es wird die Menge X_N umgesetzt.

Anpassung zum GG

Die Lager werden größer. Um sie abzubauen, werden die Anbieter sich im Preis solange gegenseitig unterbieten, bis das GG erreicht ist.

c) Nachfrageüberschuss (NÜ) und Verkäufermarkt



Ein NÜ liegt vor, wenn die Nachfrage größer als das Angebot ist. Die Verkäufer haben hier die größere Marktmacht. Deshalb auch Verkäufermarkt. Hier setzen sich die Anbieter durch. Es wird die Menge X_A umgesetzt.

Anpassung zum GG

Es werden nicht alle Bedürfnisse befriedigt. Um den Mangel abzubauen, werden sich die Nachfrager solange gegenseitig im Preis überbieten, bis das GG erreicht ist.

Der Umsatz auf dem Markt ist am größten, wenn sich der Markt im Gleichgewicht befindet. Denn dann ist das Produkt aus Menge mal Preis ($X * P$) am größten.

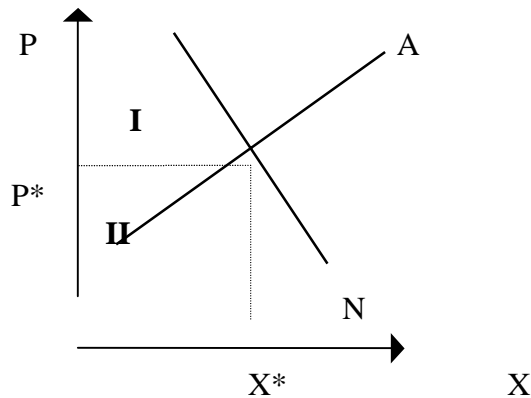
Renten

a) Konsumentenrente

Dies ist der Betrag, der zwischen dem tatsächlichen Preis und der individuellen Zahlungsbereitschaft (Nachfragekurve) liegt (Fläche I). Der Nachfrager, dessen Zahlungsbereitschaft genau dem Preis entspricht, heißt Grenznachfrager.

b) Produzentenrente

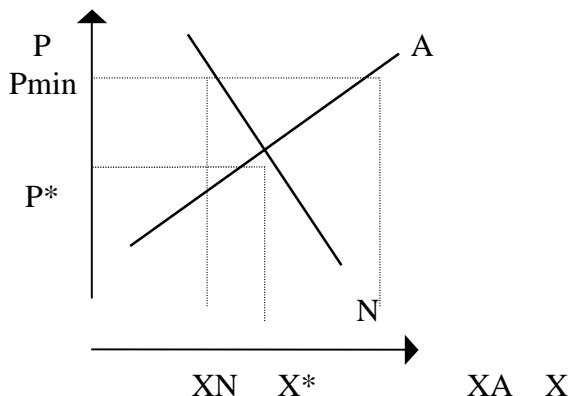
Dies ist der Betrag, der zwischen dem tatsächlichen Preis und den individuellen Kosten (Grenzkosten / Angebotskurve) liegt (Fläche II). Der Anbieter, dessen Kosten genau dem Preis entspricht, heißt Grenzanbieter.



Politische Preisbildung

a) Mindestpreise

Ziel: Schutz der Anbieter (z.B. Landwirtschaft).



Auswirkungen:

- es kommt zu einem Angebotsüberschuss
- es bilden sich illegale, graue Märkte
- bei staatlichen Abnahmegarantien kommt es zu riesigen Lagern

Lösungen:

- Mengenregulierung (z.B. Reduzierung der Anbauflächen)
- Vernichtung der Waren
- Nachfrageerhöhung durch Preissubventionen

Problem: Es kommt zu einer Verschwendung von Ressourcen.

b) Höchstpreise

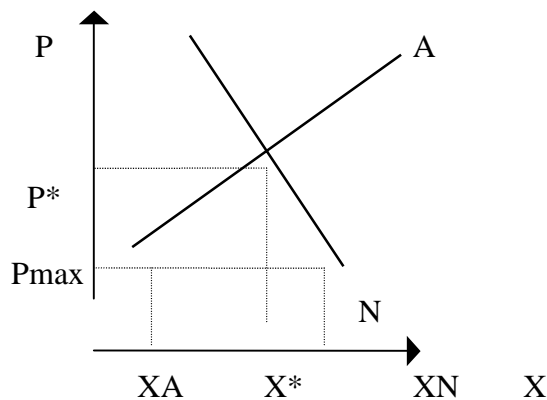
Ziel: Schutz der Nachfrager.

Auswirkungen:

- es kommt zu einem Nachfrageüberschuss
- es bilden sich Schwarzmärkte
- es bilden sich Schlangen vor den Verkaufsstellen

Lösung: Rationierung durch Ausgabe von Bezugsscheinen

Problem: Langfristig werden in diesem Güterbereich keine Investitionen getätigt, da sie nicht rentabel sind. (z.B. Mietwohnungen in der DDR)



Preisbildung im Polypol (Preisbildung bei vollständiger Konkurrenz)

Bei vollkommenem Markt stehen sich eine Vielzahl von Anbietern einer Vielzahl von Nachfragern gegenüber.

Voraussetzungen eines vollkommen Marktes

- **Homogenität** der Güter
Die Güter sind nach Inhalt, Form, Farbe, Geschmack u.a. völlig identisch.
- **Vollkommene Markttransparenz**
Jeder Marktteilnehmer kennt alle Preise und alle Qualitäten.
- Es existieren **keine räumlichen, zeitlichen oder persönlichen Präferenzen** der Konsumenten.
Für sie zählt nur der Preis des Gutes.
- Es herrscht **unendliche Anpassungsgeschwindigkeit**.
Auf jede Marktänderung wird sofort, ohne zeitliche Verzögerung reagiert.

Preisbildung

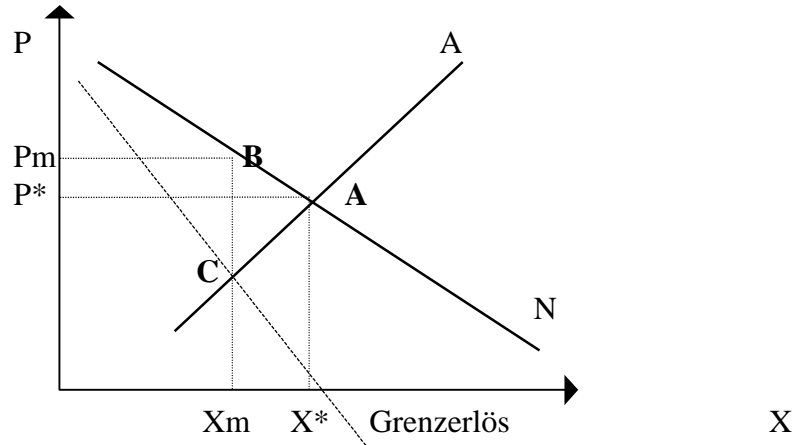
Der Konsument hat alle notwendigen Marktinformationen und kann problemlos den Anbieter, bei dem er kauft, wechseln, da alle Anbieter genau das gleiche Produkt anbieten. Entscheidet sich nun ein Anbieter den Preis über den Gleichgewichtspreis anzuheben, werden seine gesamten Kunden sofort zu einem anderen Anbieter wechseln. Eine Preiserhöhung wird er somit nicht vornehmen. Senkt er dagegen seinen Preis, werden alle Kunden seiner Konkurrenten zu ihm kommen. Diese riesige Nachfrage kann er jedoch rein technische nicht befriedigen. Eine Preissenkung kommt also auch nicht in Frage. Die Anbieter werden also in einem Markt mit vollständiger Konkurrenz den Gleichgewichtspreis akzeptieren und nicht von ihm abweichen. Das einzige, was sie tun werden, ist die Anpassung ihrer Angebotsmenge an den Gleichgewichtspreis. Sie werden soviel Güter anbieten, bis sie ihr Gewinnmaximum erreicht haben. Man nennt sie deshalb auch **Mengenanpasser**.

Preisbildung im Monopol

Einem Anbieter steht eine Vielzahl von Nachfragern gegenüber. Die Besonderheit besteht darin, dass der eine Anbieter keine Konkurrenz zu befürchten hat. Er kann den Preis seiner Güter nach Belieben festsetzen. Eine Abwanderung der Kunden zur Konkurrenz ist nicht möglich. Diese Situation führt

dazu, dass im monopolistischen Markt der Preis der Güter höher und die Nachfragemenge geringer ist als im polypolistischen Markt. Es werden also weniger Bedürfnisse zu höheren Preisen befriedigt. Der Wohlstand der Bevölkerung sinkt.

Der Monopolist muss zwar keine konkurrierenden Anbieter fürchten, doch hat er das Verhalten der Konsumenten zu beachten. Denn die könnten auf Substitutionsprodukte ausweichen oder auf den Kauf dieses Gutes verzichten, da es zu teuer geworden ist.



Preisbildung im Oligopol

Ein paar großen Anbietern stehen eine Vielzahl von Nachfragern gegenüber. Im Oligopol muss jeder Anbieter die Reaktionen seiner Konkurrenten beachten. Es kann dabei zu folgenden Preisstrategien kommen.

- Preiserhöhungen führen zu Abwanderungen der Konsumenten und unterbleiben somit
- Preissenkungen zwecks Erhöhung des Marktanteils, führen zwar zu einem Zustrom von Konsumenten, doch werden die Konkurrenten die Abwanderung ihrer Konsumenten nicht einfach hinnehmen. Auch sie werden die Preise senken, um Ihre Kunden zu halten. Der Marktanteil ist also trotz der Preissenkung konstant geblieben, der Umsatz ist sogar gesunken. Senkt daraufhin der Erste wiederum seine Preise, kann dies zu einer nach unten gerichteten Preisspirale kommen, die zu Preisen führt, die nicht mehr kostendeckend sind. Man nennt diesen Prozess auch ruinöse **Konkurrenz**.

Preisruhe

Da beide bisherigen Strategien wenig Sinn machen, bleiben die Preise eher starr, da keiner die Preise hebt oder senkt.

Preiskartelle

Eine weitere Strategie ist die Preisabsprache zwischen den Oligopolisten, um Monopolvergewinne zu erhalten. Dies kann an Hand von Verträgen geschehen, oder aber durch die Preisführerschaft eines Oligopolisten (Abgestimmtes Verhalten). Bei der Preisführerschaft ergreift ein Oligopolist je nach Marktsituation die Initiative bei Preissenkungen oder Preissteigerungen. Da er weiß, dass die anderen Oligopolisten automatisch nachziehen, so dass auf dem Markt ein einheitlicher Preis besteht, wird er den Preis wie ein Monopolist wählen. So wird der Prozess der ruinösen Konkurrenz vermieden und die Gewinne entsprechen den stattlichen Monopolvergewinnen. Der Wettbewerb zwischen den Oligopolisten verlagert sich dabei vom Preiswettbewerb hin zu einem Kosten- und einem Nichtpreiswettbewerb. Gelingt es einem Oligopolisten die Kosten stärker zu senken als den anderen, wird sein Gewinn höher ausfallen.

Nichtpreiswettbewerb bedeutet, dass zu dem eigentlichen Produkt (Benzin) andere angeboten werden (Getränke, Nahrungsmittel, Reifenwechsel, guter Service, u.a.) oder dass über eine verstärkte Werbung versucht wird, Kunden an sich zu binden.

Wettbewerb und Konzentration

1) Wettbewerb

Begriff: Wettbewerb ist der Leistungswettstreit am Markt

Arten: Preis-, Produkt-, Konditionenwettbewerb

a) Voraussetzung

Voraussetzung für einen funktionsfähigen Wettbewerb ist eine ausreichend große Anzahl von Konkurrenten.

b) Funktion

Der Wettbewerb sorgt für eine bedarfsgerechte und kostengünstige Versorgung der Bevölkerung mit Gütern. Durch seine Innovationsfunktion nennt man ihn auch den Motor der Wirtschaft.

2) Konzentration

a) Definition

Konzentration ist die Zusammenballung von wirtschaftlicher Macht, die es erlaubt die Vertragsbedingungen einseitig zu diktieren.

b) Arten

Horizontale Konzentration

Dies ist ein Zusammenschluss von Unternehmen auf gleicher Produktionsstufe. (z.B. bei Autos der Zusammenschluss von Daimler und Chrysler)

Vertikale Konzentration:

Dies ist ein Zusammenschluss von Unternehmen mit vor- oder nachgelagerten Produktionsstufen. (VW kauft einen Zulieferbetrieb oder ein Vertriebsunternehmen auf.)

Konglomerate Konzentration

Dies ist ein Zusammenschluss von Unternehmen verschiedener Produktionsstufen oder Branchen (**Diversifikation**). Es werden Mischkonzerne wie die Veba (Öl, Telekommunikation, Transport) gebildet.

c) Formen

Kartelle

Hier erfolgt eine Absprache zwischen verschiedenen Unternehmen, wobei sie ihre wirtschaftliche Selbständigkeit teilweise aufgeben, ihre rechtliche Selbständigkeit jedoch vollständig erhalten. Man unterscheidet Preis-, Quoten-, Gebiets- und Submissionskartelle.

Konzerne

Durch den Kauf von Unternehmensanteilen erwirbt ein Unternehmen eine Mehrheitsbeteiligung an einem anderen Unternehmen. Das gekaufte Unternehmen bleibt zwar rechtlich selbständig, verliert jedoch seine wirtschaftliche Selbständigkeit. (VW und Audi oder Metro und Kaufhof)

Fusionen (Trusts)

Zwei oder mehrere Unternehmen schließen sich unter Aufgabe ihrer wirtschaftlichen und rechtlichen Selbständigkeit zu einem Unternehmen zusammen. (Daimler AG und Chrysler AG werden zur Daimler Chrysler AG)

3) Konzentrationskontrolle

Die nationale und internationale Öffnung der Märkte, damit neue Wettbewerber Zugang haben (Aufbrechen der Monopole wie z.B. in der Telekommunikation).

Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB oder auch Kartellgesetz)

Kartellverbot: Wettbewerbsbeschränkende Kartelle sind grundsätzlich verboten, wobei es eine Vielzahl von Ausnahmen gibt.

- ▶ Verbot von abgestimmten Verhalten (vertraglich oder durch Parallelverhalten / Frühstückskartelle).
- ▶ Fusionskontrolle: Zusammenschlüsse von größeren Unternehmen müssen der Kartellbehörde angezeigt werden und bedürfen je nach Größe ihrer Zustimmung.
- ▶ Marktbeherrschende Unternehmen unterliegen der Missbrauchsaufsicht

Der Wirtschaftskreislauf

In einer Volkswirtschaft bestehen die unterschiedlichsten Beziehungen zwischen den verschiedenen Wirtschaftssubjekten. Zur einfacheren Darstellung werden die Wirtschaftssubjekte zu einheitlichen Gruppen zusammengefasst. Dies sind die **privaten Haushalte**, die **Unternehmen**, der **Staat**, das **Ausland** und die **Vermögensbildung** (auch Kapitalsammelstelle oder Bank).

Der Wirtschaftskreislauf stellt das Beziehungsgeflecht zwischen diesen Gruppen in vereinfachter Form dar.

In einem Wirtschaftskreislauf werden zwei Stromgrößen dargestellt.

Der **Güterstrom** stellt dar, wie viel „Güter“ in Form von Produktionsfaktoren die Unternehmen von wem bezogen und an wen sie die produzierten Güter in welchen Mengen abgeben werden.

Die Wirtschaftssubjekte stellen die Güter natürlich nicht kostenlos zur Verfügung. Jedem Güterstrom steht ein gleich hoher **Geldstrom** gegenüber. Die Produktionsfaktoren erhalten Löhne, Mieten, Zinsen und Gewinne und für die Konsum- und Produktionsgüter werden Preise gezahlt.

Definition der **Transferzahlungen**: Dies sind Einkommenszahlungen aus dem öffentlichen Haushalt ohne direkte Gegenleistung (Sozialhilfe, BAföG, Rente, Subventionen, Steuererlass, EG-Beiträge, u.a.)

Das Sozialprodukt

1) Definition

Es ist die **Summe aller in einem Jahr produzierten Güter und Dienstleistungen in einer Volkswirtschaft**. Es ist ein Indikator für die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft und für den Wohlstand eines Volkes.

2) Probleme

- es erfasst nur den quantitativen nicht aber den qualitativen Wohlstand
- negative Auswirkungen der wirtschaftlichen Tätigkeit wie Umweltverschmutzung oder erhöhte Unfallzahlen oder die Reduktion von Freizeit werden nicht berücksichtigt
- es gibt keine Auskunft über die Einkommensverteilung
- Arbeitslosigkeit findet keine Berücksichtigung
- es werden nur Leistungen bewertet, die über den Markt ausgetauscht werden. Eigenleistungen von Unternehmern, Bauern (Eigenverbrauch) oder privaten Haushalten (Hausputz, Kindererziehung) werden nicht erfasst.
- die Bewertung von unentgeltlichen Leistungen des Staates ist schwierig, da keine Marktpreise existieren.

Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR)

1) Zweck

Sie ist ein statistisches Instrument zur Erfassung der gesamtwirtschaftlichen Vorgänge. Sie soll Auskunft geben über

- Die Höhe des Sozialproduktes
- Entstehung, Verteilung und Umverteilung der Einkommen
- Die Produktion und die Verwendung der Güter
- Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung

Sie ist Voraussetzung für die Analyse der Wirtschaftslage und bildet die Grundlage für die Wirtschaftspolitik und für Lohnverhandlungen. Außerdem dient sie dem internationalen Vergleich und dem zeitlichen Vergleich zu den Vorjahren.

2) Sozialproduktkennziffern

a) **Bruttoproduktionswert** (BPW)

Er entspricht dem Wert aller von den Unternehmen verkauften Güter (und Dienstleistungen). Dies ist die Summe aller Ausgangsrechnungen. Allerdings ist er kein guter Wertmesser, da es zur Doppelzählung der Vorleistungen kommt.

Bsp.: Ein Autoproduzent kauft Autoreifen zu 1000 DM und montiert sie an seinem Auto, welches er dann einschließlich der Reifen zu einem Preis von 15000 DM verkauft. Der BPW entspricht hier 16000 DM. Allerdings wurden hier die Reifen zweimal berechnet. Einmal beim Verkauf des Reifenproduzenten und dann sind sie noch im Preis des Autos enthalten.

Um ein realistisches Bild der Wirtschaftsleistung zu erhalten, muss in jeder Produktionsstufe die Vorleistung eines anderen Produzenten (hier die Reifen) herausgerechnet werden, damit die eigentliche Wertschöpfung der jeweiligen Produktionsstufe (hier das Auto) ermittelt wird. Zieht man die Vorleistung vom Autopreis ab, so erhält man den Beitrag, den der Autoproduzent zum Sozialprodukt geleistet hat (seine Wertschöpfung). Sie beträgt in diesem Fall 14000 DM. Addiert man die Wertschöpfung jeder Produktionsstufe zusammen, wird die Doppelzählung vermieden, und die Leistungsfähigkeit realistischer dargestellt. Eine andere Möglichkeit ist es vom BPW alle Vorleistungen abzuziehen. Der so ermittelte Wert entspricht dem Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen bzw. der Bruttowertschöpfung (hier 15000 DM).

b) **Bruttosozialprodukt** zu Marktpreisen (BSP/M)

Subtrahiert man von dem BPW die Vorleistungen, so erhält man das BSP

c) **Nettosozialprodukt** zu Marktpreisen (NSP/M)

Vom BSP/M sind die Abschreibungen abzuziehen, um das NSP/M zu erhalten

d) **Nettosozialprodukt** zu Faktorkosten (NSP/F) / Volkseinkommen (VE)

Subtrahiert man vom NSP/M die indirekten Steuern und addiert die Subventionen hinzu, erhält man das NSP/F oder auch das VE.

BPW
- Vorleistungen
BSP/M
- Abschreibungen
NSP/M
- indirekte Steuern
+ Subventionen
NSP/F = VE

Berechnungsmethoden

1) Verwendungsrechnung

Hier wird untersucht, wofür die produzierten Güter verwendet wurden. Bei einem Konsum (C) von 500 und Bruttoinvestitionen (Ibr) von 300 und einem Außenbeitrag (Export (Ex) minus Import (Im)) von 100 ergibt sich ein BSP/M von 900.

Mit der Information, dass die Abschreibungen (Ab) 150, die indirekten Steuern (Tind) 70 und die Subventionen (Z) 20 betragen, lassen sich die anderen Kennziffern berechnen.

$$\begin{array}{rcl}
 C + Ibr + Ex - Im & = & \text{BSP/M} & = & 900 \\
 & - & Ab & - & 150 \\
 & & \text{NSP/M} & = & 750 \\
 & - & Tind & - & 70 \\
 & + & Z & + & 20 \\
 & & \text{NSP/F} & = & 700 = \text{VE}
 \end{array}$$

2) Verteilungsrechnung

Hier wird untersucht, wie das Sozialprodukt auf die einzelnen Wirtschaftssubjekte verteilt wurde, wie hoch ihr Einkommen war.

Das Einkommen aus unselbständiger Arbeit (Löhne und Gehälter) (Enu) beträgt 500, Das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (Gewinne, Mieten, Zinsen) (Eu) beträgt 200. Daraus ergibt sich ein VE bzw. ein NSP/F von 700. Mit den Angaben von oben lassen sich wieder die anderen Kennziffern errechnen.

$$\begin{array}{rcl}
 \text{Enu} + \text{Eu} & = & \text{NSP/F} = \text{VE} & = & 700 \\
 & + & Tind & + & 70 \\
 & - & Z & - & 20 \\
 & & \text{NSP/M} & = & 750 \\
 & + & Ab & + & 150 \\
 & & \text{BSP/M} & = & 900
 \end{array}$$

3) Entstehungsrechnung

Hier wird untersucht, wie hoch die Wertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche wie Landwirtschaft, Industrie, Bau, Energie, u.a. ist. Die Summe der Wertschöpfungen entspricht dem BSP/M.

andere Kennziffern der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

1) Nominales / reales BSP

Beim nominalen BSP wird die Gütermenge zu aktuellen Marktpreisen bewertet. Das BSP von 1996 beträgt z.B. 2950 DM in Preisen von 1996.

Beim realen BSP wird die Gütermenge zu den Preisen eines Basisjahres bewertet, um die Preissteigerungsrate herauszurechnen. Im Basisjahr von 1990 lag der Preisindex bei 100. Im Jahr 1996 liegt er bei 109,5. Daraus ergibt sich 1996 eine reales BSP zu Preisen von 1990 von $2950 \cdot 100 \div 109,5 = 2694,06$ DM.

2) Wachstum des BSP

Es gibt an, um wie viel Prozent das BSP im Vergleich zum Vorjahr gestiegen ist.

$\text{BSP } 1996 = 2950 \text{ DM}, \text{BSP } 1995 = 2892,17$: Daraus ergibt sich eine Wachstumsrate von 2%.

3) Lohnquote

Sie gibt an, wie hoch der Anteil der Einkommen aus unselbständiger Arbeit am gesamten VE ist.

$\text{Enu} = 500 \text{ DM}, \text{VE} = 700 \text{ DM}$: Daraus ergibt sich eine Lohnquote von 71,43 %.

4) **Bruttoinlandsprodukt (BIP)**

Das BSP ist ein Inländerkonzept, es ist personenbezogen. Es misst die Werte, die von Inländern in einem Jahr erbracht worden sind. Zu den Inländern gehören auch diejenigen, die ihr Faktoreinkommen im Ausland erworben haben (Lohn für Pendler, Monteure, Künstler / Zinsen für Kapital).

Das BIP ist ein Inlandskonzept, es ist gebietsbezogen. Es misst die Werte, die im Inland innerhalb eines Jahres (auch von Ausländern) erwirtschaftet worden sind.

Subtrahiert man vom BSP alle Faktoreinkünfte, die Inländer im Ausland erzielt haben, und addiert man alle Faktoreinkünfte, die Ausländer im Inland erzielt haben, erhält man das BIP.

5) **Einkommen** / verfügbares Einkommen oder primäre / sekundäre Einkommensverteilung

Die direkten Markteinkommen (primäre Einkommensverteilung) halten viele für ungerecht. Dies führt dazu, dass der Staat die Einkommen umverteilt. Das Ergebnis ist das verfügbare Einkommen bzw. die sekundäre Einkommensverteilung.

Subtrahiert man von dem Markteinkommen die direkten Steuern und die Sozialabgaben und addiert die Sozialleistungen (Transferzahlungen) hinzu, erhält man das verfügbare Einkommen.

Das Ziel ist eine gerechtere Einkommensverteilung.

Geld

1) Definition

Geld ist, was Geldfunktionen ausübt.

Geld ist alles, was an liquiden Mittel zur Verfügung steht, um Güter und Leistungen zu kaufen.

2) Historische Entwicklung des Geldes

In der Subsistenzwirtschaft war Geld nicht notwendig, da jeder nur für den eigenen Bedarf produzierte und Gütertausch nicht stattfand. Mit der Entwicklung der Arbeitsteilung entstand auch die Tauschwirtschaft. Zunächst fand jedoch nur ein Naturaltausch statt. Ware wurde gegen Ware getauscht. Es entstand das Problem der doppelten Übereinstimmung. Die Tauschpartner mussten genau die Ware anbieten, die der andere gerade nachfragte. Darüber hinaus mussten auch die Werte der angebotenen und nachgefragten Waren übereinstimmen. Zur Überwindung dieses Problems ging man zur Geldwirtschaft über. Ware wird gegen ein allgemeines Tauschmittel (Geld) und dieses wieder in Ware getauscht. Die doppelte Übereinstimmung war nicht mehr erforderlich. Der Tauschprozess wird dadurch einfacher und billiger.

3) Geldeigenschaften

Geld muss bestimmte Eigenschaften aufweisen, damit es sich als Tauschmittel eignet.

- **es muss allgemein anerkannt sein**
- **es muss teilbar, transportierbar und aufbewahrbar sein**
- **es muss fälschungssicher sein**

4) Geldarten

Münzgeld

- zunächst wurden Edelmetalle in eine bestimmte Form gepresst und mit einer Prägung versehen, die den Wert der Münze bzw. der Edelmetallmenge angab (Kurantmünzen).
- später lag der Metallwert der Münze unter dem aufgeprägten Wert der Münze (Scheidemünzen).

Papiergeld

Buchgeld

- dies ist das Sichtguthaben bei einer Bank (Betrag auf dem Girokonto).
- per Scheck, Überweisung, Scheckkarte oder Kreditkarte kann man über das Buchgeld verfügen.

5) Geldfunktionen

Tausch- und Zahlungsmittelfunktion

Der Tausch wird billiger, da die Suchkosten reduziert werden. Außerdem können die Tauschvorgänge jetzt zeitlich auseinanderfallen.

Wertaufbewahrungsfunktion

Erworbenes Geld kann über einen längeren Zeitraum gelagert werden und erst später zu einem günstigeren Zeitpunkt ausgegeben werden.

Funktion als Wertmaßstab und als Recheneinheit

Geld dient als gemeinsamer Nenner. Es macht verschiedene Güter wertmäßig addierbar und vergleichbar.

6) Das Bankensystem

Der europäische Bankensektor besteht aus dem Europäischen System der Zentralbanken (ESZB) und aus einer Vielzahl privater Geschäftsbanken (Deutsche Bank, Sparkassen, Barclays usw.). Das ESZB besteht aus der Europäischen Zentralbank (EZB) und den nationalen Zentralbanken (NZB). Die deutsche Zentralbank heißt Deutsche Bundesbank.

a) Aufgaben des ESZB

- sie hat das ausschließliche recht Banknoten auszugeben.
- sie betreibt die Geldpolitik der Gemeinschaft mit dem Ziel der Preisstabilität.
- sie führt die Devisengeschäfte durch.
- sie verwaltet die Gold- und Währungsreserven der Mitgliedstaaten.
- sie übernimmt Bankdienstleistungen zur Abwicklung des Zahlungsverkehrs zwischen den Geschäftsbanken.
- sie wirkt mit bei der Kreditaufnahme und der Abwicklung des Zahlungsverkehrs der nationalen Regierungen.

Während die EZB für die Festlegung der Geldpolitik zuständig ist, obliegt den nationalen Zentralbanken, die Durchführung der geldpolitischen Maßnahmen. Darüber hinaus sind sie zuständig für die Bankenaufsicht und die Abwicklung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs.

b) Organe des ESZB

Der EZB-Rat

Er bestimmt die Währungs- und Kreditpolitik des ESZB und stellt die allgemeinen Richtlinien für die Geschäftsführung auf.

Er besteht aus den Mitgliedern des Direktoriums und den Präsidenten der nationalen Zentralbanken, die der Euro-Zone beigetreten sind.

Das Direktorium

Es verwaltet die EZB und ist für die Durchführung der Entscheidungen des EZB-Rates zuständig.

Wobei mit der Durchführung die Erteilung der erforderlichen Weisungen an die nationalen Zentralbanken gemeint ist.

Es besteht aus dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten und vier weiteren Mitgliedern.

Der Erweiterte Rat

Er besteht aus dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten der EZB und den Präsidenten aller NZB's der EU. Sie erfüllen Beratungsfunktionen, statistische Aufgaben, verfassen die Berichte der EZB, u.a.

c) Organe der **Bundesbank**

Der **Zentralbankrat**

Er besteht aus dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten der Bundesbank, den Mitgliedern des Direktoriums der Bundesbank und den Präsidenten der Landeszentralbanken.

Das **Direktorium**

Es besteht aus dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten der Bundesbank und bis zu sechs weiteren Mitgliedern.

Die **Vorstände** der Landeszentralbanken

Sie führen die Geschäfte, die in den Bereich ihrer regionalen Hauptverwaltung fallen.

d) Aufgaben der Geschäftsbanken

Abwicklung des Zahlungsverkehrs zwischen ihren Kunden (Nichtbanken).

Kapitalsammelstelle

Die Geldmenge und ihre Bedeutung für die Preisstabilität

1) **Geldmengenkonzepte**

- Geldmenge M1
Der Bargeldumlauf plus den Sichtguthaben der Nichtbanken bei den Banken.
- Geldmenge M2
Dies ist M1 plus Termineinlagen mit einer Befristung unter vier Jahren.
- Geldmenge M3
Dies ist M2 plus den Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist.

2) **Änderung der Geldmenge**

a) Geldschöpfung / -vernichtung durch die Bundesbank

Durch den Ankauf von Vermögensteilen (Wertpapiere, Gold, Devisen, u.a.) und durch die Gewährung von Krediten bringt die Bundesbank mehr Geld in den Umlauf (Geldschöpfung)

Durch Verkauf von Vermögenstiteln und durch Rückzahlung von Krediten entnimmt die Bundesbank dem Wirtschaftskreislauf Geld.(Geldvernichtung)

b) Buchgeldschöpfung durch das System der Geschäftsbanken

Passive Buchgeldschöpfung / Buchgeldvernichtung

Dies geschieht, wenn eine Nichtbank Bargeld in Sichtguthaben (Einzahlung auf Konto) umwandelt. Es verändert sich zwar nicht die Geldmenge, jedoch hat die Bank auf Grund der erhöhten Liquidität mehr Möglichkeiten zur aktiven Buchgeldschöpfung.

Hebt eine Nichtbank Bargeld vom Konto ab, kommt es zur Geldvernichtung. Der Spielraum für die aktive Buchgeldschöpfung verringert sich.

Aktive Buchgeldschöpfung

Da die Geschäftsbanken die Sicht- und Spareinlagen ihrer Kunden zur Vergabe von Krediten verwenden können, eröffnet sich ihnen die Möglichkeit die Geldmenge einer Volkswirtschaft zu beeinflussen.

Der Prozess läuft wie folgt ab: Ein Kunde A zahlt 10000 DM Bargeld auf sein Konto bei der Bank A ein. Entsprechend der Bundesbankforderung muss sie 10% als Mindestreserve bei der Bundesbank hinterlegen. Weitere 10% hält sie freiwillig als Kassenreserve, um jederzeit ihren Kunden Geld auszahlen zu können. Den Rest von 8000 DM (Überschussreserve) vergibt sie als Kredit an einen anderen Kunden. Der zahlt damit eine Rechnung per Überweisung an den Kunden B bei der Bank B. In

diesem Moment ist zusätzlich eine Geldmenge von 8000 DM entstanden. Denn Kunde A hat Anspruch auf die 10000 DM seines Kontos und Kunde B hat Anspruch auf die 8000 DM seines Kontos. Bank B kann diesen Prozess fortführen. Nach Abzug der Mindest- und der Kassenreserve von insgesamt 1600 DM kann sie einen Kredit von 6400 DM vergeben, der dann irgendwann auf dem Konto von Kunde C landet. In diesem Moment würde die Geldmenge um weitere 6400 DM auf 24400 DM ausgeweitet. Der Prozess endet, wenn keine Überschussreserve mehr übrig bleibt. In unserem Beispiel wäre die Geldmenge dann um das fünffache von 10000 DM auf 50000 DM gestiegen.

Formel: Geldmengenmultiplikator = $1 * 100 \div (\text{Mindestreserve} + \text{Kassenreserve})$

$$= 100 \div (10 + 10) = 5$$

3) **Geldmenge und Preisstabilität** / die Fischer'sche Verkehrsgleichung / die **Quantitätsgleichung**
Um Preisstabilität zu erzielen, muss die von der Bundesbank herausgegeben Geldmenge dem Wert der in einer Volkswirtschaft produzierten Güter entsprechen.

Bsp.: Eine Volkswirtschaft produziert in einem Jahr 1000 Gütereinheiten und die Bundesbank gibt 1000 DM heraus. Daraus ergibt sich ein Preis pro Gut von 1 DM. Erhöht sich die Produktion im nächsten Jahr auf 1050 Stück, muss die Bundesbank die Geldmenge um 50 DM steigen lassen, damit die Preise stabil bleiben. Hält sie die Geldmenge konstant, reduzieren sich die Preise auf $1000 \div 1050 = 0,95$ DM.

Erhöht sie die Geldmenge auf 1100 werden die Preise auf $1100 \div 1050 = 1,05$ DM steigen.

Da jede DM in einem Wirtschaftskreislauf mehrmals zum Einsatz kommt, muss in der Verkehrsgleichung die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes berücksichtigt werden. Wenn 1000 von der Bundesbank herausgegebene Geldeinheiten (die eigentliche Geldmenge) vier mal im Wirtschaftskreislauf verwendet wird, ergibt sich eine „tatsächliche“ Geldmenge von 4000 DM

Die Verkehrsgleichung lautet: $H * P = G * U$

Sie bedeutet, dass das Handelsvolumen (H) (Gütermenge) multipliziert mit den Preisen (P) genauso groß sein muss wie die Geldmenge (G) mal der Umlaufgeschwindigkeit (U).

Die Gleichung macht zwei wichtige Zusammenhänge deutlich

- ▶ Steigt die Gütermenge an, so muss, um stabile Preise zu gewährleisten, auch die Geldmenge steigen.
- ▶ Steigt die Geldmenge an, ohne dass die Gütermenge entsprechend angestiegen ist, kommt es automatisch zu Preissteigerungen.

Um Preisstabilität zu erreichen ist es also wichtig, dass die Bundesbank die Geldmenge so steuert, dass sie sich in dem gleichen Maße verändert wie die Gütermenge.

Konjunktur

1) Definition

Die Konjunktur ist ein Begriff, der verwendet wird, um die wirtschaftliche Gesamtlage, die sich aus dem Zusammenwirken der einzelnen ökonomischen Größen wie BIP, Konsum, Investition, Staatsverbrauch und Außenbeitrag ergibt, zu beurteilen.

2) Konjunkturphasen

Der Konjunkturzyklus wird in die folgen vier Phasen eingeteilt.

a) Aufschwung / Expansion

Die Produktion, die Beschäftigung, das Einkommen, die Nachfrage und die Geldmenge nehmen langsam zu. Die Produktionsfaktoren werden zunehmend ausgelastet. Die Preise steigen nur langsam, da das Angebot relativ elastisch ist. Die Stimmung ist optimistisch und die Investitionen nehmen zu. Man spricht hier von einer Mengenkonzunktur.

b) Hochkonjunktur / Boom

Die Nachfrage übersteigt allmählich das Angebot. Die gute Wirtschaftslage führt zu einer expansiven Lohnpolitik. Beides heizt die Inflation an (Preiskonjunktur). Da die Kapazitätsgrenze erreicht ist, steigt das reale BSP nur gering. Die Stimmung und die Investitionstätigkeit in der Wirtschaft sinkt.

c) Abschwung / Rezession

Der Investitionsrückgang führt zu Entlassungen und zur Arbeitslosigkeit. Die Einkommen der privaten Haushalte gehen zurück und mit ihnen die Konsumausgaben. Dies erhöht die Arbeitslosigkeit weiter. Die Gewinne und die Zuwachsraten der Löhne sinken. Die Preise werden wieder stabiler. Die Arbeitslosenquote steigt. Die Stimmung ist pessimistisch.

d) Tiefstand / Depression

Die Auslastung des Produktionspotentials hat den Tiefpunkt erreicht, da die Investitionsgüter- und die Konsumgüternachfrage sehr gering ist. Die Arbeitslosenquote ist auf dem Höchststand. Die Banken haben eine hohe Liquiditätsreserve. Die Stimmung ist depressiv.

Ziele der Wirtschaftspolitik / das magische Viereck

Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist es, den Wirtschaftsprozess so zu beeinflussen, dass die zyklischen Schwankungen der Konjunktur nicht allzu groß werden und so das wirtschaftliche, soziale und politische System gefährden.

Ende der sechziger Jahre wurde das Gesetz zur Förderung von Wachstum und Stabilität, das sogenannte Stabilitätsgesetz, erlassen. In ihm sind die vier wesentlichen wirtschaftspolitischen Ziele festgehalten.

1) hoher Beschäftigungsstand (Vollbeschäftigung)

a) Arten der Arbeitslosigkeit

Friktionelle Arbeitslosigkeit (Sucharbeitslosigkeit)

Sie ist die Arbeitslosigkeit, die zwischen der Entlassung und der Neueinstellung auftritt. Sie ist relativ kurzfristig.

Die Ursache besteht in einer mangelnden Marktübersicht hinsichtlich offener Stellen und hinsichtlich des Bedarfsprofils. Mangelnde Mobilität in räumlicher und qualitativer Hinsicht ist eine andere Ursache.

Saisonale Arbeitslosigkeit

Sie entsteht wegen jahreszeitlicher Produktions- oder Nachfrageschwankungen. Sie ist eine kurzfristige Form der Arbeitslosigkeit.

Bsp. sind die Winterruhe in der Bauwirtschaft oder der sommerliche Nachfrageboom im Tourismus.

Konjunkturelle Arbeitslosigkeit

Sie ist Folge der gesamtwirtschaftlichen Schwankungen in der Güterproduktion und in der Güternachfrage. Sie ist mittel- bis langfristig.

Strukturelle Arbeitslosigkeit

Sie entsteht auf Grund von Ungleichgewichten auf Teilarbeitsmärkten hinsichtlich des Angebotes von und der Nachfrage nach Arbeit. Sie ist eine langfristige Arbeitslosigkeit. Die Ursache besteht in einem beruflichen, sektoralen oder regionalen Strukturwandel. Es steigt der Bedarf an geistiger Arbeit, wobei der Bedarf an körperlicher Arbeit sinkt. Stahl, Kohle und Schiffsbau sind Wirtschaftssektoren mit schlechten Zukunftsaussichten. Die ganzen Bereiche der EDV, der Telekommunikation und der Medien haben dagegen gute Zukunftsaussichten. Regional ist die Wirtschaftskraft in Süddeutschland sicherlich besser als in der Küstenregion oder in Ostdeutschland.

b) Indikator

$$\text{Arbeitslosenquote} = \frac{\text{Zahl der registrierten Arbeitslosen} * 100}{\text{Gesamtzahl der Erwerbspersonen}}$$

Eine Arbeitslosenquote von 3-4% gilt als Vollbeschäftigung

2) Preisniveaustabilität / Inflation / Deflation / Binnenwert des Geldes**Definition der Inflation**

Inflation liegt vor, wenn der Geldwert sinkt bzw. das Preisniveau steigt. Für die gleiche Gütermenge muss mehr bezahlt werden.

Ursachen**Nachfrageinflation**

Voraussetzung für das Entstehen einer Nachfrageinflation ist, dass es bei gut oder vollständig ausgelasteten Produktionsfaktoren zu einem Nachfrageüberschuss kommt und dass die Bundesbank die Wirtschaftssubjekte mit der entsprechenden Geldmenge, die zum Kauf der Güter erforderlich ist, ausstattet. Da in dieser Situation die Unternehmen an der Kapazitätsgrenze arbeiten, können sie die nachgefragte Menge nicht befriedigen. Ihre Strategie ist es, den Konsumenten zu befriedigen, der den höchsten Preis bietet. Die Preise werden also steigen. Man unterscheidet die folgenden Formen der Nachfrageinflation.

Konsuminflation

Kreditaufnahme, Entsparen und Lohnerhöhungen, die über dem Produktivitätsfortschritt liegen, verursachen eine Nachfragesteigerung nach Konsumgütern, die zu einem Nachfrageüberschuss und damit zur Inflation führt.

Investitionsinflation

Wollen die Unternehmen mehr Geld investieren als an Spargeldern zur Verfügung steht, werden diese über Kredite finanziert, die das Bankensystem (die Geschäftsbanken aber vor allem die Bundesbank) zur Verfügung stellt. Es kommt zu einem Nachfrageüberschuss auf dem Produktionsgütermarkt, der zu einer Inflation führt.

Fiskalinflation

Übersteigen die Staatsausgaben die Steuereinnahmen und wird dieses Budgetdefizit über Kredite des Bankensystems finanziert, kommt es zu einem Nachfrageüberschuss und damit zur Inflation.

Importierte Inflation

Fragt das Ausland verstärkt inländische Güter nach, führt dies zu einem Nachfrageüberschuss und so zur Inflation. Bei flexiblen Wechselkursen ist der Effekt nicht so stark, da es bei einem Exportüberschuss zu einer Aufwertung der inländischen Währung kommt und so der Import von Gütern für das Ausland teurer wird. Bei festen Wechselkursen ist die Bundesbank jedoch verpflichtet,

die Devisen gegen Deutsche Mark aufzukaufen. Dies führt zu einer Erhöhung der Geldmenge und so zur Inflation.

Angebotsinflation

Bei konstanter Nachfrage fordern die Anbieter aus unterschiedlichen Gründen für ihre Produkte einen höheren Preis.

Kosteninflation

Steigende Produktionskosten wie erhöhte Löhne, Lohnnebenkosten, Steuern, Zinsen, Wechselkurse oder Rohstoffpreise veranlassen die Anbieter, ihre Verkaufspreise anzuheben.

Gewinninflation

Anbieter mit Marktmacht können die Preise diktieren. Zur Verbesserung der Gewinne kann es zu Preiserhöhungen kommen.

Indikator

Als Indikator wird die Preissteigerungsrate bzw. der Preisindex verwendet.

Beim Preisindex vergleicht man die Preise eines festgelegten Warenkorbes zu einem bestimmten Zeitpunkt (Berichtsjahr) mit den Preisen des gleichen Warenkorbes zum Basisjahr. Für die Preise des Basisjahres legt man den Preisindex auf 100 fest. Steigen die Preise im Verlauf der Zeit, erhöht sich auch der Preisindex.

Ein Preisindex von 117,5 im Jahr 1996 bedeutet dann, dass die Preise im Vergleich zum Basisjahr (1990) vom 100 auf 117,5 also um 17,5 % gestiegen sind.

Die **Preissteigerungsrate** gibt die Preissteigerung gegenüber dem Vorjahr an. Steigt der Preisindex von 115 auf 118, ergibt sich daraus eine Preissteigerung von $100 - (118 \div 115) * 100 = 2,61\%$.

Zu unterscheiden ist zwischen den Begriffen der Preissteigerung in Prozent und der Preissteigerung in Prozentpunkten. Die Preissteigerung in Prozent wird wie im obigen Beispiel berechnet (2,61%). Die Preissteigerung in Prozentpunkten ergibt sich, wenn man die beiden relevanten Indexpunkte voneinander abzieht. $118 - 115 = 3$ Prozentpunkte.

Die **Kaufkraft** gibt an, wie viel das Geld nach der Preissteigerung noch Wert ist. Wenn im Basisjahr 200 Gütereinheiten 200 DM gekostet haben, kosten die gleichen 200 Gütereinheiten im Berichtsjahr bei einem Preisindex von 125 250 DM. Wenn aber weiterhin nur 200 DM zum Kauf zur Verfügung stehen, reduziert sich die Nachfragemenge auf 160 Gütereinheiten. Die Kaufkraft des Geldes ist auf 80% gesunken. $(100 \div 125) * 100 = 80\%$. Für das gleiche Geld können nur 80% der Waren gekauft werden.

Auswirkungen der Inflation

- ▶ Bezieher fester Einkommen haben einen Nachteil, da sich die Kaufkraft des Einkommens verringert.
- ▶ Eigentümer von Geldvermögen verlieren (Kaufkraftverlust).
- ▶ Eigentümer von Sachwerten gewinnen, da diese Wertstabil sind.
- ▶ Gläubiger verlieren (Kaufkraftverlust)
- ▶ Schuldner gewinnen, da Rückzahlung das Geld an Wert verloren hat.
- ▶ Exporte nehmen ab, da Waren für Ausländer zu teuer werden.
- ▶ Importe nehmen zu, da es billiger ist im Ausland einzukaufen.
- ▶ Die wirtschaftliche Entwicklung wird schwächer, da es zu einem allgemeinen Nachfragerückgang kommt

Deflation, Ursachen und Folgen

Deflation liegt vor, wenn der Geldwert steigt bzw. das Preisniveau sinkt. Für die gleiche Gütermenge muss weniger bezahlt werden.

Verringert sich die Geldmenge oder steigt die Geldmenge weniger stark als die Gütermenge, geht die Nachfrage zurück, da das Geld zum Kauf fehlt. Die Preise werden sinken. Es kommt zu Produktionseinschränkungen und zu Arbeitslosigkeit.

3) Außenwirtschaftliches Gleichgewicht

Indikator

Als Indikator wird der Außenbeitrag verwendet (Ex - Im). Ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht liegt vor, wenn der Außenbeitrag 1 - 2% des BSP beträgt. Er sollte leicht positiv sein (Exportüberschuss), um den internationalen Zahlungsverpflichtungen an die UNO oder EG nachkommen zu können und um Entwicklungshilfe leisten zu können.

Die Zahlungsbilanz

Sie gibt Auskunft über das Ausmaß und die Struktur der wirtschaftlichen Verflechtung einer Volkswirtschaft mit dem Ausland. Sie erfasst alle Transaktionen zwischen Inländern und Ausländern für einen bestimmten Zeitraum.

Untergliederung der Zahlungsbilanz

α) Leistungsbilanz

Sie erfasst alle „realen“ Transaktionen wie die Ein- und Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen sowie Geld- und Sachleistungen an das Ausland ohne unmittelbare Gegenleistung. Sie ist noch einmal untergliedert in

- **Handelsbilanz.** Sie erfasst den Austausch von Waren.
- **Dienstleistungsbilanz.** Sie erfasst den Dienstleistungsaustausch (Transport, Versicherung, Patentgebühren, Tourismusaufgaben, Zinszahlungen u.a.)
- **Übertragungsbilanz.** Sie erfasst die Einkommensübertragungen, die ohne konkrete Gegenleistung erfolgen. (Beiträge für internationale Organisationen, Entwicklungshilfe, Wiedergutmachung)

Sind die Exporte größer als die Importe spricht man von einer aktiven Bilanz, sonst von einer passiven. Die deutsche Leistungsbilanz ist in der Regel aktiv, wobei die Handelsbilanz einen großen Überschuss verzeichnet und die Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz ein Defizit aufweisen.

β) Kapitalbilanz

Sie erfasst die monetären Transaktionen bzw. den Kapitalverkehr eines Landes. Zum Kapitalverkehr gehören der einfache Rechnungsausgleich, die Gewährung von Krediten, der Kauf von ausländischen Aktien, Anleihen, Unternehmen und Immobilien. Es gehören sowohl der Kapitalexport als auch der Kapitalimport dazu.

χ) Devisenbilanz

Sie zeigt die Devisenzu- und Devisenabflüsse der Bundesbank an.

Wechselkurs

Der Wechselkurs macht verschiedene Währungen vergleichbar. Er ermöglicht so einen Preisvergleich im internationalen Handel. Der Wechselkurs gibt den Preis für 100 (manchmal 1 oder 1000) ausländische Währungseinheiten, ausgedrückt in inländischen Währungseinheiten, an. Ein Wechselkurs von $hfl = 88$ bedeutet, dass 100 Holländische Gulden 88 DM kosten.

Der Wechselkurs bestimmt sich durch das Angebot von und die Nachfrage nach Devisen.

Wirkungen von Wechselkursänderungen / der Außenwert des Geldes

α) Aufwertung

Steigt der Außenwert der inländischen Währung, spricht man von einer Aufwertung der inländischen und einer Abwertung der ausländischen Währung. Bei einer Aufwertung der DM fällt z.B. der Kurs von 2 DM pro \$ auf 1 DM pro \$. Der \$ ist für uns also billiger geworden. Wir bekommen für jede Mark jetzt mehr \$ (je 1 DM jetzt 1 \$ statt wie bisher 0,5 \$).

Auf den Güterhandel hat die Aufwertung die folgende Wirkung. Die Importe werden billiger und nehmen zu, die Exporte werden teurer und nehmen ab. Auf die Preisstabilität übt die Aufwertung eine positive Wirkung aus, während die Wirkung auf die Konjunktur und die Beschäftigung negativ ist.

β) Abwertung

Sinkt der Außenwert der inländischen Währung spricht man von einer Abwertung der inländischen und einer Aufwertung der ausländischen Währung. Der Kurs steigt von 1,50 DM pro \$ auf 2,50 DM pro \$. Der \$ ist für uns also teurer geworden.

Im Güterhandel werden die Importe teurer und nachlassen, die Exporte werden billiger und steigen. Die Verteuerung der Importe heizt die Inflation an, während die Exportsteigerung die Konjunktur anregt und die Beschäftigtenzahl steigen lässt.

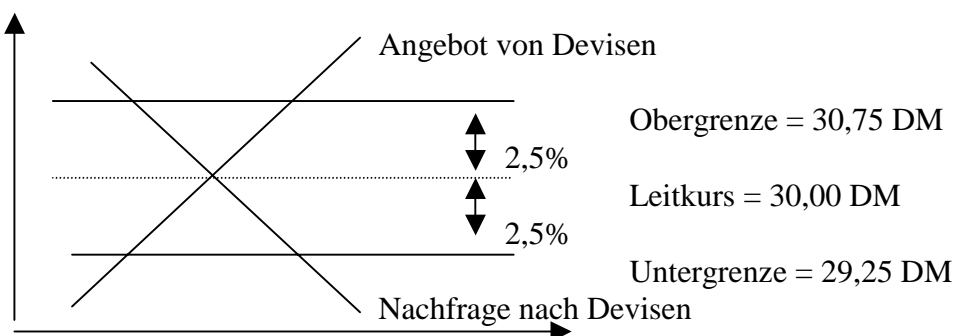
Wechselkurssysteme

α) Flexible Wechselkurse (Floating Exchange Rates)

An den Devisenbörsen werden die Wechselkurse bei freier Preisbildung bestimmt. Täglich werden neue Wechselkurse durch das Aufeinandertreffen von Angebot und Nachfrage gebildet. Steigt die Nachfrage nach einer Währung steigt auch ihr Kurs. Sinkt die Nachfrage, sinkt entsprechend der Kurs. Der Staat greift in den Preisbildungsprozess nicht ein.

Die Bundesbank kann durch massive Devisenauf- oder Devisenverkäufe den Kurs einer Währung stabilisieren. Man bezeichnet das als „managed floating“, da eine staatliche Behörde eingreift, um den Wechselkurs zu „manipulieren“. Die permanenten und zum Teil heftigen Kursschwankungen führen bei den Unternehmen zu problematischen Auftrags- und Gewinnschwankungen. Vorteilhaft ist, dass die Bundesbank ihre geldpolitische Unabhängigkeit nicht verliert.

β) Feste Wechselkurse



Der Wechselkurs wird vom Staat auf eine bestimmte Höhe, dem sogenannten Leitkurs oder die Parität, festgelegt. Gleichzeitig legt man eine Bandbreite in Prozent fest, innerhalb derer sich der Wechselkurs nach oben oder nach unten vom Leitkurs bewegen darf. Droht der Wechselkurs diese Bandbreite zu überschreiten, sind die Zentralbanken verpflichtet, auf dem Devisenmarkt die betroffene Währung zu kaufen oder zu verkaufen, damit der Wechselkurs innerhalb der Bandbreite bleibt. Der Leitkurs für den FF könnte auf 30 DM festgelegt werden. Die Bandbreite wird z.B. auf 2,5 % festgelegt. Das bedeutet, dass der Kurs einen Wert von 30,75 DM nicht überschreiten darf und einen Kurs von 29,25 DM nicht unterschreiten darf.

Bei festen Wechselkursen ist die Bundesbank also zur Intervention auf dem Devisenmarkt verpflichtet, sobald der Wechselkurs die obere oder die untere Grenze der Bandbreite zu überschreiten droht. Droht der FF auf Grund von Nachfragesteigerungen den Kurs von 30,75 DM zu übersteigen (Abwertung der DM), muss die Bundesbank durch Verkäufe von FF das Angebot an FF so weit ausdehnen, dass der Kurs innerhalb der Bandbreite bleibt. Droht der Kurs des FF unter die untere Bandbreite zu sinken (Aufwertung der DM), muss die Bundesbank durch Aufkäufe des FF das Angebot so stark reduzieren, dass der Kurs stabil bleibt.

Der Vorteil ist die sichere Kalkulationsbasis für den Außenhandel.

Der Nachteil besteht in dem Verlust der geldpolitischen Unabhängigkeit der Bundesbank. Denn die An- und Verkäufe von Devisen haben einen unmittelbaren Einfluss auf die Geldmenge im Inland. Devisenaufkäufe erhöhen die Geldmenge und bergen so das Risiko einer Preissteigerung (Inflation). Devisenverkäufe haben eine deflatorische Wirkung.

Langfristig bleiben die Devisenkurse trotz der Interventionen jedoch nur stabil, wenn sich die Inflationsraten und/oder die Produktivitäten der betreffenden Länder sich nicht zu stark auseinander entwickeln. Ist dies nicht der Fall, müssen die Wechselkursparitäten nach gewissen Zeiträumen durch einen politischen Prozess angepasst werden (Auf- bzw. Abwertungen). Im Europäischen Währungssystem ist dies in der Vergangenheit immer wieder geschehen.

4) Angemessenes und stetiges Wachstum

Indikator

Gemessen wird das Wirtschaftswachstum mit der jährlichen Zuwachsrate des realen BSP.

Ziel

des angemessenen Wachstums ist die Sicherung der Beschäftigung ohne Gefährdung der Preisstabilität. Dabei gilt ein Wachstum von 4% als angemessen.

Voraussetzung

Eine Zunahme der Quantität und der Qualität der Produktionsfaktoren. Qualitative Verbesserung bedeutet, dass die Maschinen durch technische Innovationen und die Mitarbeiter durch organisatorische Innovationen oder durch Schulungen leistungsfähiger werden.

Man spricht in diesem Zusammenhang auch von einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik.

Wirkungen

Erhöhung des materiellen Wohlstandes. Mehr Güter, Dienstleistungen und Einkommen.

Höhere Steuereinnahmen, die für Infrastrukturmaßnahmen oder sozialpolitische Maßnahmen verwendet werden können, ohne dass die Steuersätze oder die Kreditaufnahme erhöht werden müssen.

- Wachstum erleichtert den Strukturwandel und erhöht so die internationale Wettbewerbsfähigkeit
- Wachstum entschärft die Verteilungskämpfe

Instrumente der Wirtschaftspolitik

Geldpolitik

Die elementare Aufgabe der Bundesbank ist die Sicherung der Geldwertstabilität. Daneben soll sie die allgemeine Wirtschaftspolitik der Bundesregierung (Bekämpfung der Arbeitslosigkeit / Förderung des Wachstums) unterstützen. Zur Erfüllung ihrer Aufgabe bedient sich die Bundesbank verschiedener geldpolitischer Instrumente mit dem Ziel, die Geldmenge so zu steuern, dass die Geldwertstabilität nicht gefährdet wird. Bei der Inflationsbekämpfung kommt es zu einer Restriktion der Geldmenge. Um das Wachstum zu fördern, betreibt die Bundesbank eine expansive Geldpolitik.

a) Diskontpolitik

Hier legt die Bundesbank die Konditionen fest, zu denen die Geschäftsbanken Wechsel bei ihr einreichen (rediskontieren) können. Mit dem Verkauf des Wechsels an die Bundesbank erhöhen die Banken ihre Liquidität. Der Tausch eines Wechsels gegen Geld erhöht somit die Geldmenge. Darüber hinaus besitzen die Banken nun mehr Möglichkeiten zur aktiven Buchgeldschöpfung.

Festlegung des Diskontsatzes

Der Diskontsatz ist der Zinssatz, den die Bundesbank beim Ankauf eines Wechsels vor der Fälligkeit erhebt. Der Diskont ergibt sich aus dem Produkt der Wechselsumme, des Diskontsatzes und der Restlaufzeit des Wechsels. Für den eingereichten Wechsel zahlt sie nur den Barwert (Wechselsumme minus Diskont) aus. Die Veränderung des Diskontsatzes hat unmittelbaren Einfluss auf die Refinanzierungskosten (Kosten der Liquiditätsbeschaffung bzw. Geldbeschaffung).

Erhöhung des Diskontsatzes

Die Anzahl der rediskontierten Wechsel geht zurück, da die Refinanzierungskosten gestiegen sind

- die Geldmenge und das Geldschöpfungspotential geht zurück.
- die Verknappung der Geldmenge führt zu einer Erhöhung des Geldzinssatzes.
- Kredite werden teurer und das Sparen wird attraktiver.
- die verringerte Kreditaufnahme und die erhöhte Sparneigung lässt Investitions- und Konsumgüternachfrage zurückgehen.
- der Nachfragerückgang reduziert den Nachfrageüberschuss, so dass die Preise stabiler werden.

- dies ist ein Instrument zur Dämpfung der Nachfrageinflation.

Senkung des Diskontsatzes

Die Refinanzierungskosten sinken, so dass die Geldmenge steigt, Kredite billiger werden, Sparen weniger lohnend wird und die Nachfrage steigt.

Sofern sich die Volkswirtschaft nicht an der Kapazitätsgrenze befindet, kann so ohne Anheizung der Inflation das Wachstum belebt werden.

Reddiskontkontingente

Hier legt die Bundesbank die Menge an Wechseln fest, die sie bereit ist zu rediskontieren. Bei einer Senkung der Reddiskontkontingente reduziert sie die Liquidität der Banken mit den bekannten Wirkungen auf die Geldmenge, die Nachfrage und die Inflation.

Zur Belebung der Nachfrage wird die Bundesbank die Reddiskontkontingente erhöhen.

b) Lombardpolitik

Hier gewährt die Bundesbank den Banken Kredite gegen Verpfändung von Wertpapieren (Anleihen, Schatzbriefe, Wechsel, ...)

Der Zins für diese Kredite ist der Lombardsatz. Er wird auch der obere Leitzins genannt, weil der Lombardkredit die teuerste Möglichkeit zur Refinanzierung ist.

Erhöht die Bundesbank den Lombardsatz, reduziert sich die Nachfrage nach Lombardkrediten. Die Liquidität der Banken nimmt ab. Die Wirkung auf Geldmenge, Nachfrage und Inflation ist wie oben geschildert.

Eine Senkung des Lombardsatzes belebt die Nachfrage.

c) Mindestreservepolitik

Die Banken sind verpflichtet von ihren Einlagen einen bestimmten Prozentsatz zinslos bei der Bundesbank zu hinterlegen. Dieser Geldbetrag ist die sogenannte Mindestreserve. Eine Erhöhung (Senkung) der Mindestreserve senkt (erhöht) die Liquidität der Banken usw.

d) Offenmarktpolitik

Hier kauft und verkauft die Bundesbank auf dem offenen Markt Wertpapiere. Der Kauf (Verkauf) von Wertpapieren erhöht (senkt) die Liquidität der Banken.

Wertpapierpensionsgeschäfte

Dies ist eine besondere Form der Offenmarktpolitik. Die Bundesbank kauft hier Wertpapiere bei den Geschäftsbanken auf und verpflichtet die Geschäftsbanken gleichzeitig dazu, die Wertpapiere zu einem bestimmten Termin wieder zurückzukaufen.

Exkurs - Geldpolitik der EZB

Die Geldpolitik der EZB unterscheidet sich in ihrer Zielsetzung und in ihrer Funktionsweise nicht von der Geldpolitik der Bundesbank. Der Unterschied besteht lediglich darin, dass die EZB teilweise andere geldpolitische Instrumente einsetzt.

a) ständige Fazilitäten (Refinanzierungsmöglichkeiten)

Mit den ständigen Fazilitäten steuert die EZB den kurzfristigen Geldmarktzins. Ziel ist es, Übernachtliquiditäten bereitzustellen oder abzuschöpfen. Damit werden die Ober- und Untergrenzen der Geldmarktzinssätze festgelegt. Außerdem signalisieren diese Zinssätze den Wirtschaftssubjekten den Kurs der EZB-Geldpolitik.

Spitzen - Refinanzierungsfazilitäten

Sie ist vergleichbar mit dem Lombardkredit der Bundesbank. Hier können Banken zur Abdeckung eines kurzfristigen Liquiditätsbedarfs gegen Hinterlegung von Sicherheiten (Wertpapiere) von der Zentralbank Geld beschaffen. Die Dauer des Kredits beträgt nur einen Tag. Man spricht auch von einer Übernachtliquidität.

Der Zinssatz dieser Spitzen - Refinanzierungsfazilitäten bildet die Obergrenze für den Tagesgeldsatz (EZB-Leitsatz).

Erhöht die EZB den Spitzen-Refinanzierungssatz verteuert sie die Refinanzierung der Banken. Geld wird knapper und die Zinsen steigen, so dass die gesamtwirtschaftliche Nachfrage sinkt. Ziel ist es, die Preise zu stabilisieren. Senkt die EZB den Spitzen-Refinanzierungssatz hat dies eine belebende Wirkung auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage.

Einlagefazilitäten

Haben Banken zu viel Liquidität, bietet die EZB ihnen an, diese überschüssige Liquidität bei ihr anzulegen. Für dieses Übernachtguthaben zahlt die EZB einen festgesetzten Zinssatz. Er bildet die Untergrenze des Tagesgeldsatzes (EZB-Leitsatz).

Mindestreservepolitik

Die EZB verpflichtet die Banken dazu, eine Mindestreserve bei ihr zu hinterlegen. Der aktuelle Mindestreservesatz der EZB liegt bei 2% der Einlagen. Die bei der EZB gehaltenen Mindestreserven werden im Gegensatz zu früher verzinst. Der Zinssatz entspricht dem Hauptrefinanzierungssatz.

Offenmarktpolitik

Dies ist das wichtigste Instrument der EZB. Mit ihr steuert sie die Zinssätze und die Liquidität am Geldmarkt und mit ihr signalisiert sie ihren geldpolitischen Kurs.

Zu der Offenmarktpolitik gehört der AN- und Verkauf von Wertpapieren einschließlich der Verträge mit einer Rückkaufsvereinbarung (Wertpapierpensionsgeschäfte) und die Ausgaben von Zentralbank-Schuldverschreibungen .

Haupt-Refinanzierungsinstrument

Dies sind Wertpapierpensionsgeschäfte mit einer Laufzeit von ein bis zwei Wochen. Über dieses Instrument wird zwei Drittel des Zentralbankgeldes zur Verfügung gestellt. Der Zinssatz für dieses geldpolitische Instrument heißt Wertpapierpensionsatz oder Hauptrefinanzierungssatz oder Reprosatz.

Längerfristiges Refinanzierungsinstrument (Basistender)

Dies sind Refinanzierungsgeschäfte der EZB mit einer Laufzeit von drei Monaten. Die Kosten dieser Art der Refinanzierung entsprechen dem Basiszinssatz. Der Basistender ist vergleichbar mit der alten Diskontpolitik der Bundesbank, die von der EZB nicht übernommen wurde.

Feinsteuerungsinstrument

Dies sind definitive An- und Verkäufe von Wertpapieren oder Devisen durch die EZB, um damit die Geldmenge (Liquidität) zu steuern. Sie werden in unregelmäßigen Abständen durchgeführt. Sie dienen dem Ausgleich unerwarteter Liquiditätsschwankungen.

Strukturelle Operationen

Mit der Ausgabe von Zentralbank-Schuldverschreibungen möchte die Zentralbank dauerhaft Liquidität vom Markt abschöpfen. Dies Instrument wird dann eingesetzt, wenn die Banken auf Grund hoher eigener Liquiditätsreserven nicht auf die geldpolitischen Instrumente der EZB reagieren.

Hereinnahme festverzinslicher Termineinlagen

Zur Abschöpfung von Liquidität bietet die EZB den Banken an, bei ihr festverzinslich Geld in Form von Termineinlagen anzulegen. Dies gelingt jedoch nur, wenn ein entsprechend attraktiver Zinssatz geboten wird. Je nach Laufzeit dient dies Instrument der Feinsteuerung oder einer strukturellen Operation.

b) Fiskalpolitik (nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik)

Hier versucht der Staat durch den Einsatz bestimmter Instrumente die globale Nachfrage zu steuern.

a) Antizyklische Wirtschaftspolitik

Durch Veränderungen der Staatsausgaben und der Staatseinnahmen versucht der Staat dem konjunkturellen Verlauf entgegenzusteuern.

Im Boom senkt der Staat seine Ausgaben (Staatsnachfrage) und erhöht seine Einnahmen (Steuern), um die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu senken und den Nachfragüberschuss abzubauen. In der Depression oder auch schon in der Rezession erhöht der Staat seine Ausgaben und senkt seine Einnahmen, um die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu steigern.

Ziel ist es, die starken konjunkturellen Schwankungen mit ihren Auswirkungen auf Inflation und Beschäftigung abzuschwächen.

b) Instrumente der Fiskalpolitik

Expansive Fiskalpolitik (deficit spending oder Konjunkturbelebung)

Zur Stärkung der Investitionstätigkeit sind folgende Maßnahmen möglich

- Senkung der Einkommens- und Körperschaftssteuer
- Gewährung von Sonderabschreibungen
- Zahlung von Investitionszulagen
- Verteilung von öffentlichen Großaufträgen (Konjunkturprogramme wie Autobahnbau u.a.)

Zur Stärkung des privaten Verbrauchs sind folgende Maßnahmen möglich - Senkung der Lohnsteuer oder Zunahme der Sozialleistungen

Restriktive Fiskalpolitik (Überschusspolitik oder Konjunkturdämpfung)

Um die Investitionstätigkeit und den privaten Verbrauch zu senken, müssen die oben dargestellten

Instrumente mit negativem Vorzeichen eingesetzt werden.

c) Finanzierung der Fiskalpolitik

Im Idealfall sollte der Staat im Boom, wo seine Ausgaben gering und seine Einnahmen hoch sind, Geld zur Seite legen, um damit die Ausgaben und die Einnahmeverluste in der Depression zu finanzieren. Der Staat sollte eine Konjunkturausgleichsrücklage bilden. Da der Staat im Boom in der Regel keine Rücklagen bildet, muss er die Abschwächung der Depression anders finanzieren. Er muss zur Finanzierung seiner Ausgaben Kredite aufnehmen. Man spricht in diesem Zusammenhang von einer Nettokreditaufnahme.

c) Außenwirtschaftspolitik

Ziel ist das Erreichen des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts.

a) Handelsschranken

Hier versucht der Staat die Handelsströme zwischen dem Ausland und dem Inland zu steuern. Zölle sind Steuern, die auf die Einfuhr von Gütern erhoben werden. Werden die Zölle erhöht, verteuern sich die ausländischen Güter. Die Importe sinken, die Beschäftigung und die Preise im Inland steigen. Ein Senken der Zölle hätte die umgekehrte Wirkung. Mit Einfuhrkontingenten beschränkt der Staat die Menge der einzuführenden Güter auf ein Höchstmaß. Werden die Kontingente erhöht, erhöhen sich die Importe und sinken die Beschäftigung und die Preise. Ein Senken der Kontingente hätte die umgekehrte Wirkung.

b) Aufwertung / Abwertung der Währung

Eine Aufwertung der inländischen Währung verteuert die Exporte (Das Ausland kauft weniger bei uns ein) und verbilligt die Importe (Wir kaufen mehr im Ausland). Auf die Konjunktur und die Beschäftigung wirkt das negativ, auf die Preisstabilität jedoch positiv. Eine Abwertung der inländischen Währung verbilligt die Exporte (Das Ausland kauft mehr bei uns ein) und verteuert die Importe (Wir kaufen weniger im Ausland). Konjunktur und Beschäftigung entwickeln sich positiv, die Preisstabilität jedoch negativ (Das Preisniveau steigt, da die Gesamtnachfrage steigt).

d) Lohnpolitik

Die Lohnpolitik hat wegen des starken Einflusses des Lohnes auf die konjunkturelle Entwicklung eine besondere Bedeutung.

a) Wirkung von Lohnerhöhungen

Bei zu **starken Lohnerhöhungen**

- Kostensteigerungen in den Unternehmen führen zu Preissteigerungen, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit reduziert.
- der Faktor Arbeit wird durch den Faktor Kapital ersetzt. Es wird rationalisiert und es kommt zu einer höheren Arbeitslosigkeit.

Bei zu **geringen Lohnerhöhungen**

- die Kaufkraft der Beschäftigten sinkt. Es kommt zu einem Angebotsüberschuss, der Preise und Gewinne sinken lässt.
- Wachstum und Beschäftigung sinken (Rezession).

b) Lohnkonzepte

Produktivitätsorientierte Lohnpolitik

Durch technischen Fortschritt steigt die Produktivität der Mitarbeiter. Die Produktionskosten der Unternehmen sinken und ihre Gewinne steigen. Die produktivitätsorientierte Lohnpolitik besagt, dass

die Löhne der Mitarbeiter so stark steigen sollen wie das Unternehmen an Kosten durch den Produktivitätsfortschritt eingespart hat. Sinken die Produktionskosten pro Stück von 1,50 DM auf 1,45 DM, dann sollte der Lohn für die Mitarbeiter um 0,05 DM pro Stück steigen. (Die Kosten für das Erreichen des Produktivitätsfortschritts - wie Kosten neuer Maschinen - sind in der Berechnung schon berücksichtigt. Die 0,05 DM sind also der Nettokostenvorteil.)

c) Lohnformen / Einkommensformen

- Bodenrente (Pacht) für den Produktionsfaktor Boden.
- Zins für den Produktionsfaktor Kapital
- Lohn für den Produktionsfaktor Arbeit (Für die unselbständigen Arbeitnehmer)
- Gewinn als Einkommen für Unternehmer

Der Gewinn ergibt sich aus den Erlösen abzüglich den Kosten. Im einzelnen setzt sich der Gewinn folgendermaßen zusammen:

- Kosten der Produktionsfaktoren, die der Unternehmer zur Verfügung stellt
 - (- kalkulatorischer Unternehmerlohn)
 - (- kalkulatorische Pacht)
 - (- kalkulatorische Zinsen)
- Unternehmensgewinn im eigentlichen Sinne
 - (- Risikoprämie)
 - (- Restgröße)